

Wenn das Licht ausgeht: Warum die Energiewende im Blackout-Fall keinen Startknopf hat

geschrieben von Admin | 11. Januar 2026

Ein deutschlandweiter Stromausfall ist kein Lichtschalter-Problem – sondern der Moment, in dem die physikalischen Grenzen der grünen Energiepolitik schonungslos sichtbar werden

Von Klima-Nachrichten

Wer erinnert sich nicht noch an die Verheißungen? Die Energiewende sollte nicht nur das Klima retten, sondern auch die Versorgungssicherheit garantieren. Wind, Sonne und Batterien – das heilige Triumvirat der grünen Zukunft. Dezentral, demokratisch, digital. Was dabei gerne verschwiegen wird: Im Fall eines landesweiten Blackouts verwandelt sich dieses Zukunftssystem in einen Haufen teurer Elektronik, die keinen einzigen Volt produziert. Nicht etwa, weil der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint – sondern weil die physikalischen Grundlagen fehlen, um das Netz überhaupt wieder zum Leben zu erwecken.

Der aktuelle Stromausfall in Berlin, der ca. 50.000 Haushalte vier Tage lang lahmlegte, liefert eine Kostprobe dessen, was auf Deutschland zukommt, wenn man die letzten konventionellen Kraftwerke vom Netz nimmt. Und nein, es geht nicht um Panikmache – es geht um Physik.

Das Netz ist kein Stromverteiler, sondern eine Maschine

Betrachten wir zunächst die technische Realität eines Blackouts. Das europäische Stromnetz läuft mit 50 Hertz Netzfrequenz – eine präzise synchronisierte Maschine, bei der sich alle Generatoren im Gleichtakt drehen. Nach einem totalen Zusammenbruch existiert: keine Referenzfrequenz, keine Spannung, keine Kommunikation über das Netz. Alles muss von Grund auf neu synchronisiert werden, Schritt für Schritt, wie ein Kartenhaus, das man in absoluter Dunkelheit aufbaut.

US-Energieminister Chris Wright zerlegt die deutsche Energiewende.

Sein Fazit: die Deutschen ticken nicht mehr richtig und begehen Selbstmord, indem sie ihre Energieversorgung und Wirtschaft zerstören.

Die ganze Welt lacht über die Dummheit

Deutschlands!pic.twitter.com/2y9Y7Ri1rl

– Georg Pazderski (@Georg_Pazderski) January 9, 2026

Das ist kein „Neustart“, wie man ihn vom Computer kennt. Es ist der mühsame, mehrstündige bis mehrtägige Wiederaufbau eines hochkomplexen Systems, bei dem die kleinste Fehlkalkulation zur sofortigen erneuten Abschaltung führt.

Schwarzstart: Die unterschätzte Fähigkeit

Nur wenige Kraftwerke können ohne externe Stromversorgung starten. In Deutschland gibt es laut Bundesnetzagentur 174 schwarzstartfähige Anlagen mit mindestens 10 MW Leistung (Stand 2020) – klingt nach viel, aber von diesen werden tatsächlich nur 26 von den Übertragungsnetzbetreibern für den Netzwiederaufbau vorgesehen. Das ist die strategische Reserve für den Ernstfall.

Schwarzstartfähig sind primär:

- Wasserkraftwerke
- Einige Gasturbinen (mit Batterieunterstützung)
- Wenige speziell ausgerüstete Kraftwerke

Nicht schwarzstartfähig sind hingegen:

- Kernkraftwerke (Ironie der Geschichte: längst abgeschaltet)
- Die meisten Kohlekraftwerke (werden gerade stillgelegt)
- **Wind- und Photovoltaikanlagen** (grid-following)
- **Große Batteriespeicher** (ohne vorgelagerte Versorgung)

Sie lesen richtig: Die gesamte Infrastruktur der Energiewende ist im Schwarzfall nutzlos. Nicht eingeschränkt nutzbar. Nutzlos.

Warum dauert der Wiederaufbau so lange?

Ein großes Kraftwerk braucht zum Hochfahren zwischen 5 und 10 Prozent seiner Nennleistung als Eigenbedarf – für Pumpen, Schmierung, Kühlung, Steuer- und Leittechnik. Ohne Netz oder Schwarzstartquelle: Stillstand. Und selbst wenn die ersten Kraftwerke laufen, beginnt das eigentliche Problem: Die Balance zwischen Erzeugung und Last muss exakt stimmen. Zu viel Last? Frequenzeinbruch, Abschaltung. Zu wenig Last? Frequenzüberschuss, Abschaltung.

Deshalb werden Verbraucher schrittweise zugeschaltet: Erst kritische Infrastruktur, dann Haushalte regionenweise zeitversetzt, Industriebetriebe kommen ganz zum Schluss. Das Netz wird wie ein fragiles Kartenhaus aufgebaut – eine falsche Bewegung, und alles kollabiert erneut.

Hinzu kommen ausgefallene Schutzrelais in Umspannwerken, die manuell zurückgesetzt werden müssen. Leitungen müssen auf Kurzschlüsse geprüft werden. Die Kommunikation läuft nur noch über Notstromaggregate. Typische Zeitrahmen für einen deutschlandweiten Wiederaufbau: 24 bis 72 Stunden – unter Idealbedingungen. Mit Folgeschäden deutlich länger.

Das Problem der Erneuerbaren: Grid-Following statt Grid-Forming

Jetzt wird es interessant. Nahezu alle heutigen Wind- und Photovoltaikanlagen sind „grid-following“ – sie folgen dem Netz. Sie brauchen eine existierende Spannung und Frequenz, an die sie sich anhängen können. Nach einem Blackout gilt: Kein Netz, keine Einspeisung. Auch bei strahlendem Sonnenschein und kräftigem Wind: 0 Megawatt.

An dieser Stelle kommt regelmäßig das Argument: „Dann nehmen wir eben Batteriespeicher als Puffer.“ Schöne Theorie. Praktische Realität: Batterien liefern keine physikalische Trägheit. Sie stabilisieren die Frequenz nur über Regelalgorithmen – hochgradig empfindlich gegenüber Lastsprüngen, hochgradig softwareabhängig. Wer gibt nach einem Totalausfall den ersten Takt vor? Wer synchronisiert tausende Wechselrichter, damit sie nicht gegeneinander regeln? Ein Bug, ein Kommunikationsausfall, eine Fehlparametrierung – und das Chaos ist perfekt.

Grid-Forming Inverter: Die theoretische Lösung ohne Praxisbeweis

Die Antwort der Energiewende-Ingenieure lautet: „Grid-forming Wechselrichter.“ Diese sollen die fehlende Netzbildung von Synchrongeneratoren digital nachbilden. Klingt gut. Funktioniert aber – Stand heute – nur in der Theorie und in kleinen Pilotprojekten.

Die Probleme:

- Bisher kaum großskalig erprobt
- Keine Langzeiterfahrung für nationale Netze
- Extrem komplexe Schutz- und Koordinationsfragen
- Hochgradig softwareabhängig

Das ist kein physikalischer Anker wie ein rotierendes Schwungrad, sondern ein digitales Ersatzmodell. Ein Software-Update kann das System stabilisieren – oder zum Absturz bringen. Die europäischen Netzcodes diskutieren zwar Anforderungen für grid-forming Funktionalitäten, aber von einer flächendeckenden, erprobten Implementierung ist Deutschland meilenweit entfernt.

Fraunhofer ISE und andere Forschungseinrichtungen entwickeln fleißig Algorithmen und testen Prototypen. Doch zwischen einem Testaufbau und

einem landesweiten Systemwechsel liegen Welten – und Jahre, wenn nicht Jahrzehnte.

Dunkelflaute plus Blackout: Der Super-GAU

Jetzt stellen Sie sich folgendes Szenario vor: Ein kalter Januartag, wenig Wind, keine Sonne, die Speicher sind bereits teilweise leer (weil sie in den Tagen zuvor die Versorgung stützen mussten). Dann: Blackout.

Was passiert? Keine Einspeisung aus Wind und Solar. Keine Trägheit im System. Kein sicherer Wiederaufbaupfad.

In so einem System wäre Deutschland faktisch auf die Nachbarländer angewiesen – auf französische Kernkraftwerke, skandinavische Wasserkraft, polnische Kohle –, um Spannung und Frequenz ins deutsche Netz zu „ziehen“ und den Neustart zu ermöglichen. Energiesouveränität? Nicht gegeben. Die grüne Unabhängigkeit endet dort, wo die Physik anfängt.

Was die Politik verschweigt

Die Bundesnetzagentur stuft das Risiko eines langanhaltenden Stromausfalls in Deutschland als „sehr unwahrscheinlich“ ein. Das mag statistisch korrekt sein – Deutschland hat eines der zuverlässigsten Stromnetze weltweit mit durchschnittlich 11 Minuten Ausfall pro Jahr. Doch diese Statistik gilt für das heutige System mit konventionellen Grundlastkraftwerken, die als Anker dienen.

Was passiert, wenn diese Anker verschwinden? Wenn die letzten Kohlekraftwerke vom Netz gehen und durch Software-gesteuerte Wechselrichter ersetzt werden? Wird das Netz stabiler – oder anfälliger?

Herbert Saurugg, österreichischer Blackout-Experte, warnt seit Jahren: „Nur weil man ein Kraftwerk schwarz starten kann, heißt das noch lange nicht, dass man damit auch den Netzwiederaufbau bewältigen kann.“ Und weiter: Je kleiner die Anlagen, desto schwieriger und langwieriger das Hochfahren.

Ein 100%-EE-System hätte bei einem landesweiten Blackout:

- Keine robuste Schwarzstartfähigkeit
- Keine physikalische Netzbildung
- Hohe Software- und Koordinationsrisiken
- Extreme Abhängigkeit von Wetter und Ausland
- Deutlich längere Wiederaufbauzeiten als heute

Im Extremfall: Das Netz ließe sich nicht mehr sicher eigenständig hochfahren.

Berlin als Menetekel?

Der aktuelle Stromausfall in Berlin – verursacht durch einen Brand an einer Kabelbrücke – zeigt exemplarisch, wie fragil selbst gut ausgebauten städtischen Netze sind. Vier Tage brauchte es, bis alle 45.000 Haushalte wieder Strom hatten. Vier Tage Kälte, vier Tage ohne funktionierende Heizungen, ohne warmes Wasser, ohne Licht. Die vollständige Reparatur wird laut Netzbetreiber noch Wochen oder Monate dauern.

Und das war nur ein regional begrenzter Ausfall mit funktionierender Umgebung, die helfen konnte. Was wäre bei einem deutschlandweiten Blackout? Wer hilft dann?

Fazit: Physik schlägt Ideologie

Ein deutschlandweiter Blackout dauert nicht deshalb lange, weil deutsche Ingenieure inkompotent wären. Er dauert lange, weil das Stromnetz eine hochpräzise, synchron laufende Maschine ist – und Maschinen kann man nicht gleichzeitig kalt starten.

Die Energiewende ignoriert diese Realität. Sie ersetzt rotierende Massen durch Algorithmen, physikalische Trägheit durch virtuelle Inertialsysteme, bewährte Schwarzstartfähigkeit durch theoretische Konzepte. Und hofft, dass im Ernstfall alles funktioniert.

Das ist keine Energiepolitik – das ist russisches Roulette mit der Versorgungssicherheit eines Industrielandes.

Die unbequeme Wahrheit lautet: Ein Stromnetz braucht Trägheit, Synchronität und Startfähigkeit. Das sind Eigenschaften rotierender Maschinen, nicht von Wechselrichtern. Solange diese Grundwahrheit nicht akzeptiert wird, bleibt die Energiewende ein teures Experiment auf Kosten der Versorgungssicherheit.

Der nächste Blackout kommt bestimmt. Die Frage ist nur: Wie lange dauert es dann, bis das Licht wieder angeht?

Quellen und weiterführende Informationen:

[1] Bundesnetzagentur (2020): Monitoring nach § 35 EnWG – Schwarzstartfähige Anlagen in Deutschland
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/167/1916714.pdf>

[2] Wikipedia: Schwarzstart – Technische Grundlagen und Verfahren
<https://de.wikipedia.org/wiki/Schwarzstart>

[3] Herbert Saurugg (2025): Schwarzstart & Netzwiederaufbau
<https://www.saurugg.net/blackout/schwarzstart-netzwiederaufbau>

[4] Fraunhofer ISE: VerbundnetzStabil – Netzbildende Wechselrichter in Verbundnetzen
<https://publica.fraunhofer.de/entities/publication/fef7d252-19b0-462d-ab4d-34b36f7d1a79>

[5] Cube Concepts (2025): Grid Forming mit netzbildenden Wechselrichtern
<https://cubeconcepts.de/en/grid-forming-mit-netzbildenden-wechselrichtern/>

[6] MDPI (2024): Grid Forming Inverter as an Advanced Smart Inverter for Augmented Ancillary Services <https://www.mdpi.com/2571-8797/6/3/51>

[7] Ingenieur.de (Januar 2026): Vier Tage ohne Strom – Was der Berliner Blackout über unsere Netze verrät
<https://www.ingenieur.de/technik/fachbereiche/energie/vier-tage-ohne-strom-was-der-berliner-blackout-ueber-unsere-netze-vorraet/>

[8] Bundesregierung: Stromausfall – eine Risikoanalyse
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/stromausfall-blackout-2129818>

[9] Bundeszentrale für politische Bildung (2023): Sind Blackouts in Deutschland wahrscheinlich?
<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/blackout-2024/543954/sind-blackouts-in-deutschland-wahrscheinlich/>

[10] Next Kraftwerke: Schwarzstart – Wie funktioniert der Neustart nach einem Blackout? <https://www.next-kraftwerke.de/wissen/schwarzstart>

Der Beitrag erschien zuerst bei Klimanachrichten hier

Atomenergie: Die teuerste Form der Energiegewinnung- laut SPD

geschrieben von Admin | 11. Januar 2026

Von Günter Keil

In der WELT AM SONNTAG vom 3.1.26 berichtete Daniel Wetzel darüber, dass „Die CSU eine Entgiftungskur für Atommüll will“. Das bezog sich auf die Transmutation, ein wichtiges Verfahren zur Reduzierung der Radioaktivität durch Neutronenbestrahlung. Außerdem hieß es in der Beschlussvorlage der CSU, die Kernenergie müsse mit Blick auf Versorgungssicherheit und Klimaschutz „wieder eine größere Rolle einnehmen.“ Der Journalist berichtete dann, was die SPD dazu sagte: „Atomenergie ist die teuerste Form der Energiegewinnung und wird dies angesichts der bereits unschlagbar günstigen erneuerbaren Energien auch bleiben“, erklärte die energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Nina Scheer. Daniel Wetzel zerlegte diese

Behauptungen mit dem Hinweis auf die rund 30 Mrd Euro, die der deutsche Steuerzahler für Wind- und Solarstrom zahlen muss, sowie auf das Beispiel Frankreichs mit seinem staatlichen Kernkraftbetreiber EdF, der nicht nur Milliardengewinne an den Staat ausschüttet, sondern auch billigen Strom erzeugt.

Und weiter teilte Frau Scheer mit: „China, als der Staat mit den meisten Atomenergieprojekten, baut selbst deutlich mehr an erneuerbaren Energien aus und wird diesen Trend absehbar fortsetzen.“

Hier lohnt es sich gewiss, zunächst das französische Beispiel etwas genauer zu beschreiben, weil es für die SPD anscheinend fürchterlich und eigentlich auch fern jeglicher Vorstellung ist. Was die EdF aufgebaut hat, zeigen die Zahlen: Das Land hat 19 Kernkraftwerke mit insgesamt 58 Reaktoren in Betrieb. Sie liefern ca. 75 Prozent der Stromerzeugung. Laut D. Wetzel liefert die EdF der Staatskasse jährlich einen zweistelligen Gewinn. Und wie man schon lange weiß, ist der Strom in Frankreich so billig, dass sehr viele Franzosen elektrisch heizen. Direkt, ohne Wärmepumpen. Emmanuel Macron kündigte im Februar 2022 an, dass bis 2050 sechs neue, verbesserte EPR-Kraftwerke gebaut werden sollen, und auch die Prüfung von acht weiteren Standorten erfolgt. Ferner die Laufzeit-Verlängerung für alle Kraftwerke auf 50 Jahre. Das bezeichnete er als eine „Renaissance der Kernenergie“. Dieses Beispiel zeigt zweierlei: Kernkraft ist billig. Und niemals hat es bei der enormen Zahl der Anlagen einen schweren Unfall gegeben – also ist sie auch sicher. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Frau Scheer diese Fakten aus unserem Nachbarland nicht kennt. Aber darf sie das äußern ? Die zweite ihrer Botschaften bezog sich auf China. Sie lautete: „China, als Staat mit den meisten Atomprojekten, baut selbst deutlich mehr an erneuerbaren Energien aus und wird diesen Trend absehbar fortsetzen.“ China als Vorbild in der Energiepolitik – das ist eigentlich bereits ein Witz.

Zu den Tatsachen: China hält den Weltrekord bei der Emission von Kohlendioxid (CO2) – mit 29,7 Prozent. Zum Vergleich: USA 15%; Indien 6,9%; Japan 3% und Deutschland 2%. Dieser gewaltige Anteil hat seinen Grund: China ist seit Jahren dabei, speziell die Bewohner der riesigen ländlichen Regionen mit Elektrizität zu versorgen. Bei dieser gewaltigen Aufgabe sind die enorm großen Kohlevorkommen an der Nordgrenze zur Mongolei eine ebenso große Chance, das mit sehr vielen Kohlekraftwerken zu verwirklichen. Und genau das geschieht seit mehreren Jahren. Bislang wurden jährlich 50 neue Kohlekraftwerke gebaut – dies wurde in der Planung für 2025 auf 120 neue Anlagen erhöht und erfüllt. Gleichzeitig nutzt China diese geradezu Massenproduktion zu nennende Herstellung dieser Kraftwerkstypen als Exportartikel; vermutlich sind sie im Preis unschlagbar. Diese Nation ist übrigens Unterzeichner des Pariser Klimaabkommens – und hat angekündigt, im Jahre 2060 die CO2-Neutralität zu erreichen. Also niemals. Die internationale Klimaschutzgemeinde hat diese „Zusage“, die eine klare Absage ist, still hingenommen. Zu der von Frau Scheer ergänzten Aussage, dass China „deutlich mehr“ (deutlich mehr

als wer oder was?) „an erneuerbaren Energien ausbaut“, ist festzustellen, dass es tatsächlich einige sehr imponierende Photovoltaik-Riesenanlagen gebaut und sie stolz der westlichen Presse präsentiert hat. Man weiß, wie das wirkt, aber man kann dort auch rechnen. Es ist gewiss anzuzweifeln, dass China ebenso viele Solarstrom-Paneele im eigenen Land installiert, wie es sie Deutschland jährlich verkauft.

Und ein letztes Wort zu dem ursprünglich von der SPD scharf abgelehnten CDU/CSU-Vorschlag zum Einstieg in die Transmutation der Nuklearabfälle: Herr Wetzel hat in seinem zitierten Artikel die weit fortgeschrittene Planung Chinas zu diesem Thema erklärt: „Im kommenden Jahr soll mit einer CiADS genannten Transmutationsanlage in Huizhou in der Provinz Guangdong der erste große Prototyp in Betrieb gehen. In Europa treibe Belgiens Nuklearforschungszentrum mit EU-Unterstützung das Transmutationsprojekt „Myrrha“ voran. Und ähnliche Pläne der Schweizer Firma Transmutex fördere bereits die deutsche Bundesagentur für Sprunginnovationen Sprin-D.“

Jetzt müsste die SPD eigentlich über diese bundeseigene Behörde herfallen. Frau Nina Scheer wird gewiss dabei helfen.

Donald Trump habe «eine Tür aufgestoßen», ist Fritz Vahrenholt überzeugt

geschrieben von Admin | 11. Januar 2026

von Redaktion

Vahrenholt war einst der «Posterboy» der Energiewende, wie er selbst sagt. Als Wirtschaftsvertreter der erneuerbaren Energie und ehemaliger SPD-Umweltsenator in Hamburg war er ein gern gesehener Guest in den Talkshows des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Später ging Vahrenholt auf **Distanz** zum «Klimaalarm» und begann, Fehlentwicklungen in den Energiepolitik zu **kritisieren**. Seither wird er von den Mainstream-Medien verschmäht.

2025 habe aber gezeigt, dass inzwischen die ganze Welt genug von der Klimapolitik habe, sagt Fritz Vahrenholt. Die Menschen hätten erkannt, dass die bisherige Erderwärmung kaum negative Konsequenzen habe. Sie würden aber immer deutlicher realisieren, dass die gängige Klima- und

Energiepolitik mit **empfindlichen Wohlstandsverlusten** einhergehe. Es werde klar, dass die politische Elite die «Angstmache» mit dem Klima nur verwendet habe, um politische Ziele zu erreichen.

Donald Trump habe mit seiner Rückkehr zu einer vernünftigen Energiepolitik «eine Tür aufgestossen», ist Fritz Vahrenholt überzeugt. Nun sei entscheidend, ob der amerikanische Präsident mit seinem Kurswechsel wirtschaftlichen Erfolg habe.

Im Gegensatz zum Rest der Welt halte die politische Führungsschicht in Europa an ihrem Klimakurs fest. Die Politik auf unserem Kontinent richte sich noch immer an **unrealistischen Schreckensszenarien** aus, die aber von immer mehr Menschen durchschaut würden.

In Deutschland habe der Regierungswechsel keine wesentliche Änderung in der Klima- und Energiepolitik gebracht, stellt Vahrenholt fest. **Friedrich Merz** führe mehr oder weniger den Kurs der rot-grün geprägten Ampel-Koalition weiter. Die Union habe im Wahlkampf zwar noch eine Reaktivierung stillgelegter Kernkraftwerke angekündigt. Davon sei nun aber nichts mehr zu hören. Berlin befindet sich laut Vahrenholt noch immer in einer **ideologischen Blase**, gestützt durch den Support der öffentlich-rechtlichen Medien.

Das habe negative Konsequenzen, befürchtet Fritz Vahrenholt. Die hohen Stromkosten würden Deutschland allmählich kaputt machen: «Es wird in wenigen Jahren ein **böses Erwachen** geben.» Denn irgendwann werde dem Staat das Geld ausgehen, um die Fehler der irregeleiteten Energiepolitik weg-subventionieren zu können. Vahrenholt geht davon aus, dass noch viel mehr Arbeitsplätze verschwinden werden und es auch wegen der fehlgeleiteten Energiewende zu einem «**harten wirtschaftlichen Aufprall**» komme.

Der **Schweiz** empfiehlt er, Deutschland nicht zum Vorbild zu nehmen. Vahrenholt ist aber zuversichtlich, dass unser Land den «grössten Unfug» in der Klima- und Energiepolitik vermeiden könne – dank der korrigierenden Wirkung von Volksabstimmungen .

„Bei einem 1 Milliarde Dollar teuren Batterieprojekt in Sydney ist es zu

einem katastrophalen Fehlschlag gekommen.“

geschrieben von Admin | 11. Januar 2026

Bei X wurde soeben folgender Beitrag geladen.

„Bei einem 1 Milliarde Dollar teuren Batterieprojekt in Sydney ist es zu einem katastrophalen Fehlschlag gekommen.“

„Es handelt sich um die größte Batterieanlage der südlichen Hemisphäre, die dem Konzern Blackrock gehört und nun irreparabel beschädigt ist.“

Sie ist außerhalb jetzt außerhalb jeder Reparatur.

Der Kommentar des X-Nutzer dazu

Der Betrug des Vermögensverwaltungsunternehmens Blackrock an den australischen Steuerzahlern mit dem neuen Green-Energy-Deal ist komplett gescheitert – was für ein Betrug

☰☰☰Meanwhile in Australia

“There’s been a catastrophic failure in a \$1 Billion Battery Project in Sydney”

“It’s the biggest battery facility in the southern hemisphere and it’s owned by Blackrock which is now beyond repair”

Wealth Management Company Blackrock scamming...
pic.twitter.com/rg6onXEFMN

– Concerned Citizen (@BGatesIsaPyscho) January 5, 2026

Wirtschaftliche Entwicklung schützt am besten vor dem Klimawandel

geschrieben von Admin | 11. Januar 2026

Die Zahl der Todesopfer wegen klimabedingter Katastrophen hat in den

letzten Jahren stark abgenommen. Denn die Menschen können sich immer besser gegen Stürme, Hochwasser und Dürren wappnen. Der wichtigste Treiber dieser erfreulichen Entwicklung ist Wohlstand.

Von Peter Panther

Zwar liegen die definitiven Zahlen noch nicht vor, aber 2025 könnte das Jahr mit den bisher wenigsten Klimatoten gewesen sein. Zumindest bis zur Jahreshälfte ging der Trend in diese Richtung: Laut einem Bericht von Aon, einem internationalen Unternehmen für Versicherungsberatung, kamen im ersten Halbjahr 2025 weltweit 7700 Menschen wegen Naturkatastrophen ums Leben – so wenige wie noch nie. Zu den erfassten Katastrophen zählen insbesondere Stürme, Überschwemmungen, Erdrutsche, Dürren und Brände – also alles Ereignisse, die oft in Verbindung mit dem Klimawandel gebracht werden.

Die Meldung über die rekordtiefen Zahlen liegt im Trend. Bereits 2024 forderten Naturkatastrophen gemäss dem Bericht «Climate and Catastrophe Insight 2025» von Aon «nur» 18'100 Todesopfer. Diese Zahl lag weit unter dem Schnitt des 21. Jahrhunderts mit 72'400 Toten pro Jahr.

Die Apologeten der Klimakrise wollen zwar weismachen, die Erderwärmung führe zu immer häufigeren und heftigeren Unwetterkatastrophen und darum auch zu mehr Klimatoten. «Klimawandel tötet. Er tötet.» So beschwore etwa der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez im letzten September das angebliche Unheil. Derweil warnte die ehemalige EU-Kommissarin Stella Kyriakides 2024, der Klimawandel würde zwischen 2030 und 2050 weltweit zu zusätzlichen 250'000 Todesfällen pro Jahr führen.

Unwetter-Sterblichkeit ging um 99 Prozent zurück

Die Tendenz geht allerdings klar in die entgegengesetzte Richtung: Laut einem Bericht der Uno ist die Zahl der Todesopfer wegen Naturkatastrophen in der Zeit von 2014 bis 2023 gegenüber dem vorangegangenen Jahrzehnt um 36 Prozent zurückgegangen. Berücksichtigt man das Bevölkerungswachstum während dieser Zeit, hat sich das Risiko, wegen einer Naturkatastrophe ums Leben zu kommen, sogar mehr als halbiert. Konkret ist die Katastrophen-Sterblichkeit innerhalb dieser zehn Jahre von 1,61 auf 0,79 jährliche Todesfälle pro 100'000 Menschen zurückgegangen.

Langfristig gesehen ist die positive Entwicklung noch viel eindrücklicher: Gemäss den Zahlen der Internationalen Disaster Datenbank EM-Dat in Belgien hat die Zahl der Todesopfer wegen klimabedingter Katastrophen seit den 1920er-Jahren bis zu den 2010er-Jahren um unglaubliche 96 Prozent abgenommen. Weil sich die Zahl der Erdbewohner während diesen 90 Jahren ungefähr vervierfacht hat, ist das Risiko, wegen Unwettern ums Leben zu kommen, sogar um 99 Prozent zurückgegangen. Mit anderen Worten: Heute stirbt verglichen mit früher praktisch niemand mehr wegen eines Sturm, eines Hochwassers oder einer Dürre.

Den Grund für diesen erfreulichen Trend muss man nicht lange suchen: Die Menschen können sich immer besser vor Unwetterereignissen schützen. Sie haben auch gelernt, Feuerkatastrophen zu verhindern. Konkret verfügen sie zum Beispiel über stabilere Bauten und wirkungsvolle Dämme. Präzise Wettervorhersagen sowie neue Tools wie Warn-Apps kündigen ein mögliches Unheil jeweils rechtzeitig im Voraus an. Passiert doch einmal etwas, stehen leistungsfähige Rettungsdienste sowie gut ausgerüstete Spitäler bereit. Auch verbesserte Prävention spielt eine Rolle, etwa bei der Vorbeugung gesundheitlicher Probleme vor allem wegen Kälte aber auch Hitze.

Wirtschaftlich unterentwickelte Nationen leiden mehr

Sicher spielt die technologische Entwicklung eine zentrale Rolle beim verbesserten Schutz vor klimabedingten Extremereignissen. Leisten kann man sich all diese Vorsorge- und Nothilfemaßnahmen aber nur, wenn man über genügend finanzielle Ressourcen verfügt. Gesellschaften oder Nationen, die wirtschaftlich unterentwickelt sind, leiden entsprechend mehr.

So forderte der Hurrikan Katrina 2005 in den USA rund 1800 Todesopfer. Drei Jahre später führte der Zyklon Nargis in Myanmar jedoch zu über 138'000 Toten, obwohl dieser Sturm etwas schwächer als Katrina war. Aber in den USA war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) rund 60 mal höher als in Myanmar. Darum konnten sich die Amerikaner dank einer deutlich robusteren Infrastruktur und guten Warnsystemen viel besser vor den Folgen des Sturmes schützen.

Forscher belegen den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wohlstand und effizientem Katastrophenschutz immer wieder. So war 2015 eine Publikation der EU-Plattform Climate ADAPT insgesamt 6873 Naturkatastrophen in den Jahren von 1994 und 2013 nachgegangen. Das Resultat: «Im Durchschnitt starben pro Katastrophe mehr als dreimal so viele Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen wie in Ländern mit hohem Einkommen.»

91 Prozent der Todesfälle wegen Naturkatastrophen in Entwicklungsländern

2016 war in einem Bericht des UN-Büros für Katastrophenvorsorge (UNDRR) zu lesen, dass in den 20 vorangegangenen Jahren 1,35 Millionen Menschen wegen Naturkatastrophen ums Leben gekommen waren – knapp die Hälfte davon wegen wetter- und klimabedingter Gefahren. Das UNDRR hielt fest: «Die überwältigende Mehrheit dieser Todesfälle ereignete sich in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen.»

Ebenso kam 2021 eine Erhebung der Weltmeteorologie-Organisation (WMO)

zum Ergebnis, dass über 91 Prozent der Todesfälle wegen Naturkatastrophen in den vorangegangenen 50 Jahren in Entwicklungsländern zu beklagen waren. 2023 errechneten zudem schwedische Forscher in einer Studie im Fachblatt «Nature», dass die Sterberate wegen Überschwemmungen zwischen 1990 und 2018 in Ländern mit hohem Bruttoinlandsprodukt (BIP) 22-mal tiefer als in Ländern mit niedrigem BIP lag.

Es ist von daher offensichtlich: Wer die Zahl der Klimatoten weiter senken will, muss dafür sorgen, dass sich arme Länder wirtschaftlich möglichst gut entwickeln können. Dazu ein eindrückliches Beispiel: 1970 starben in Bangladesch zwischen 300'000 und 500'000 Menschen wegen des Zyklons Bhola. 2020 forderte der Zyklon Amphan mit vergleichbarer Stärke im selben Land aber nur 26 Todesopfer. Bangladesch war inzwischen viel reicher geworden und hatte unter anderem ein leistungsfähiges Frühwarnsystem gegen Stürme eingerichtet.

Der sogenannte Klimaschutz bringt am Ende mehr Klimatote

Wohlstand bietet eindeutig den besten Schutz vor klimabedingten Katastrophen. Ob Unwetter im Zuge der Erderwärmung allenfalls etwas häufiger und stärker werden, ist jedoch von untergeordneter Bedeutung. Wirtschaftliche Entwicklung ist aber nur möglich, wenn ausreichend kostengünstige Energie bereitsteht. Ein rascher Ausstieg aus fossilen Brennstoffen würde aber viele Länder um ihre Entwicklungschancen bringen. Das Ergebnis eines solchen «Klimaschutzes» wären am Ende mehr statt weniger Klimatote.